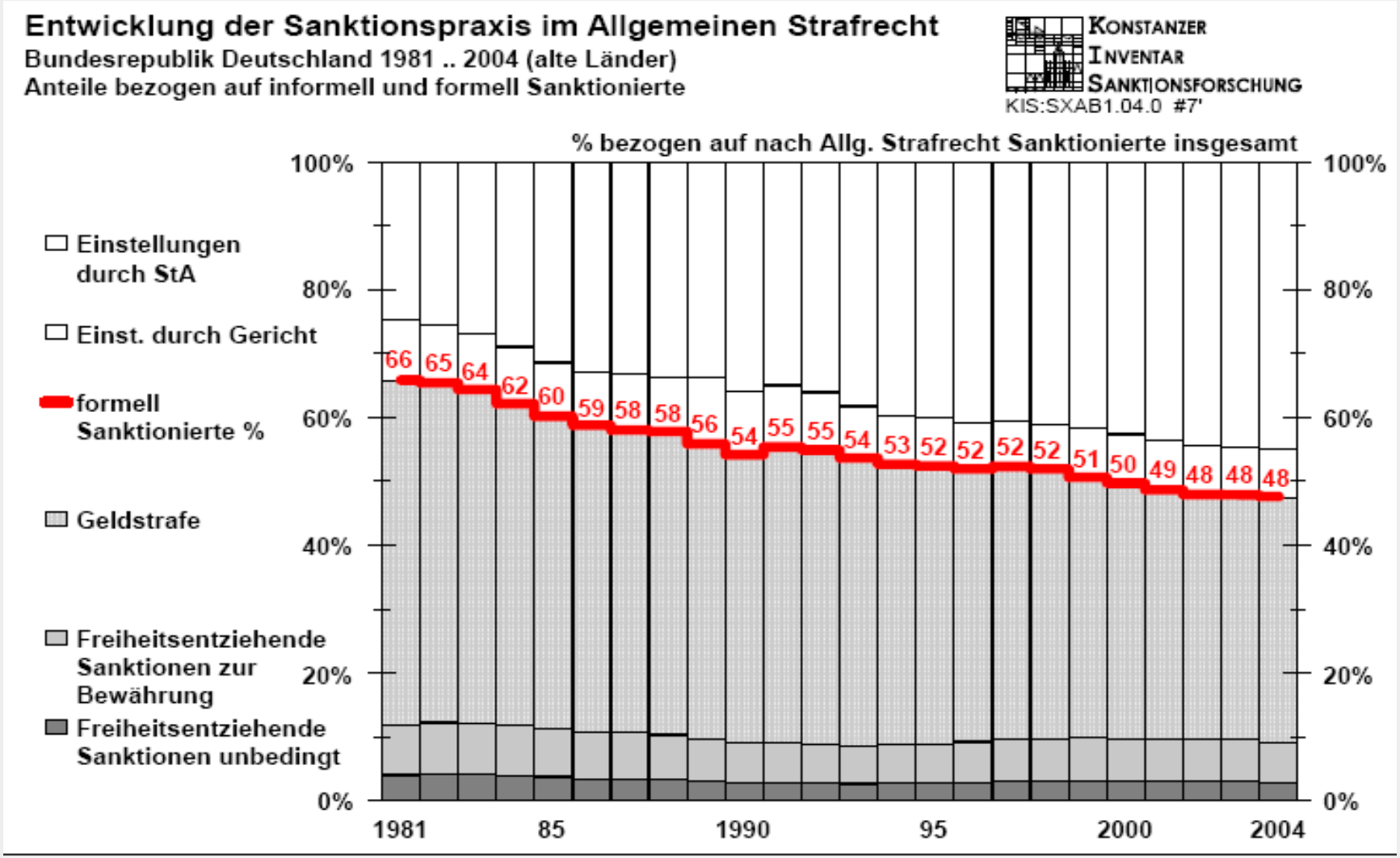
Max-Planck-Institut
für ausländisches und
internationales Strafrecht

Vorlesung Sanktionenrecht (7)

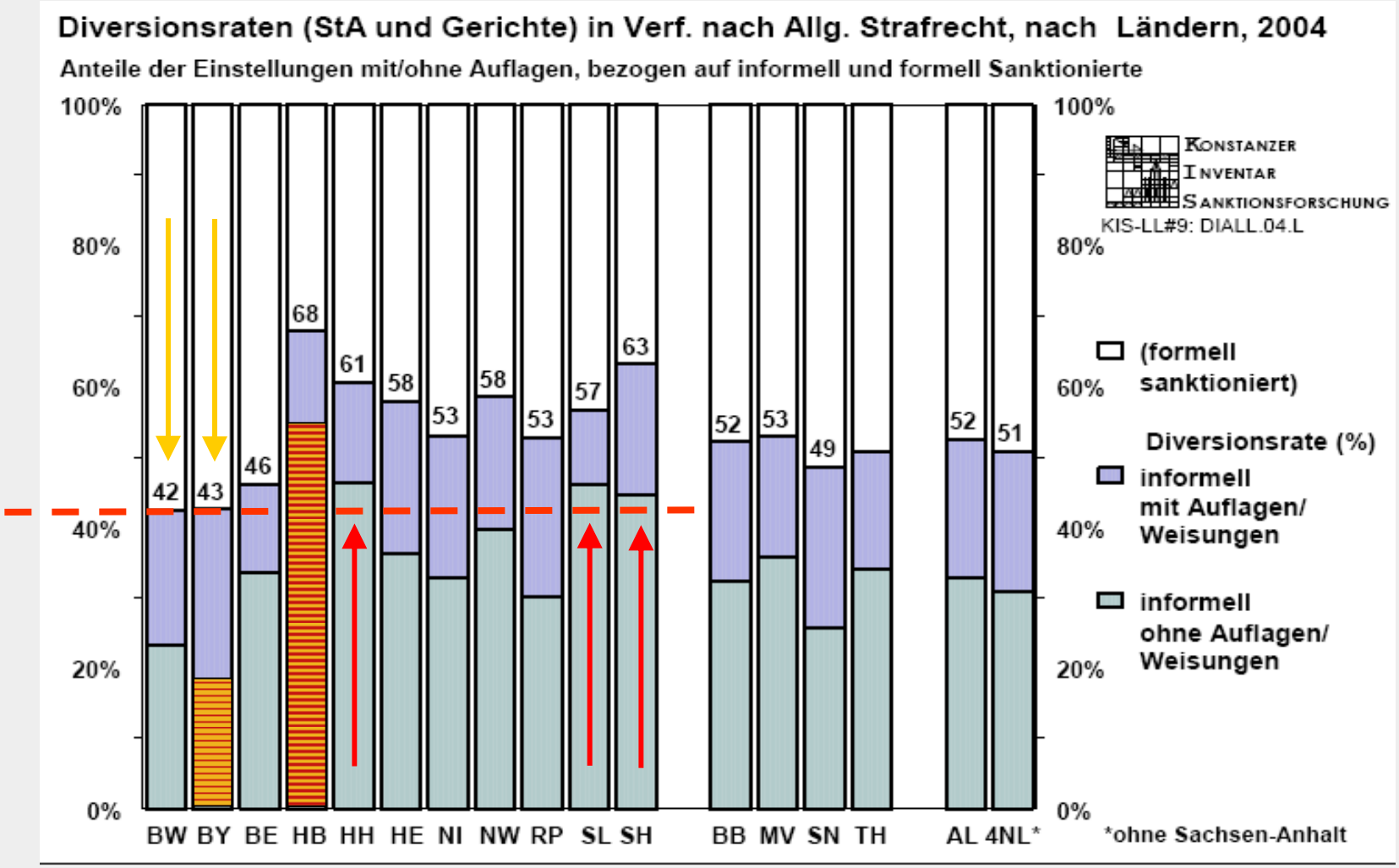
Dr. Michael Kilchling

Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law
http://www.mpicc.de

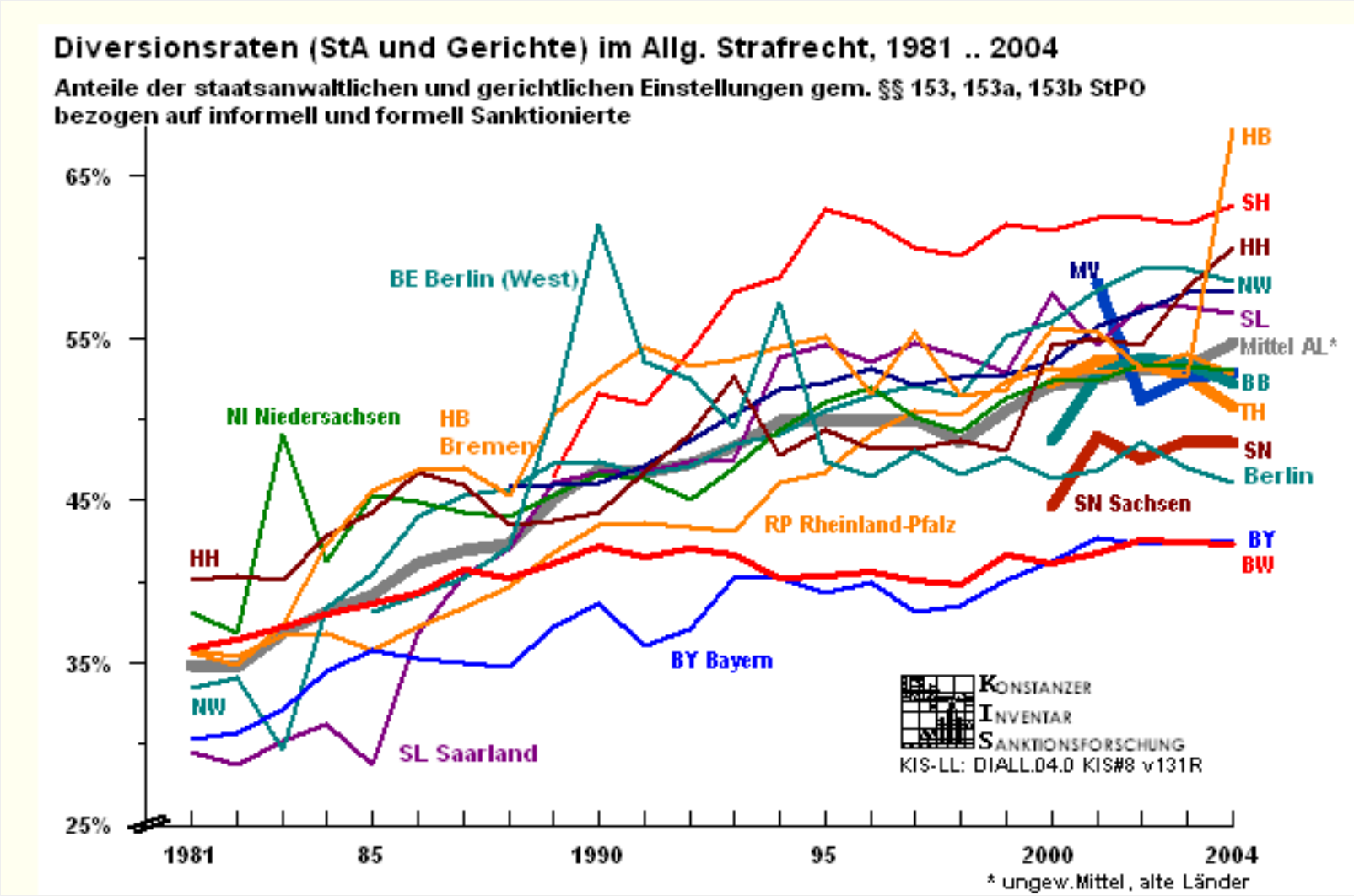
Bedeutungsverlust der formellen Sanktionen



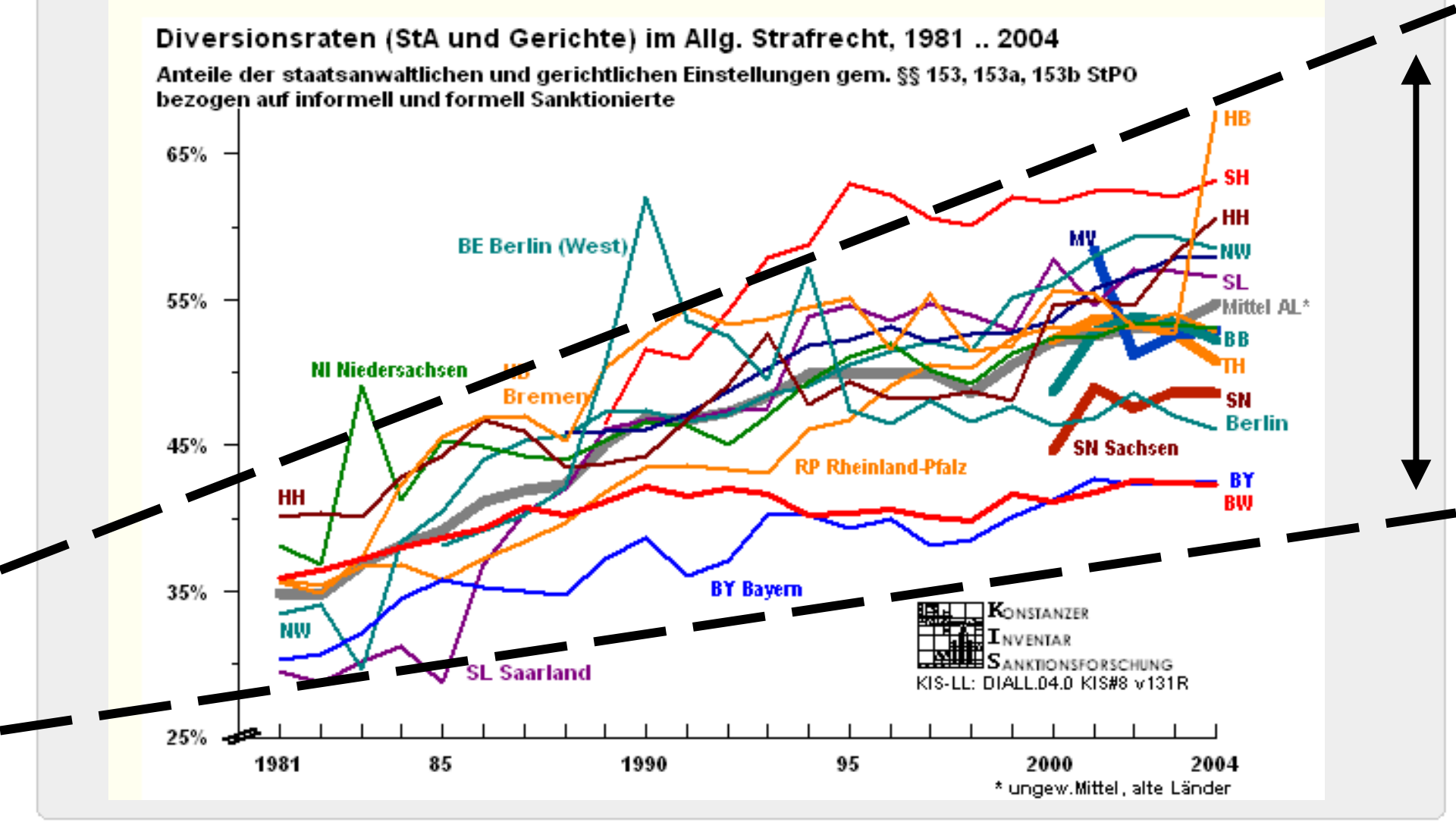
Problem: (Un-) Gleichbehandlung



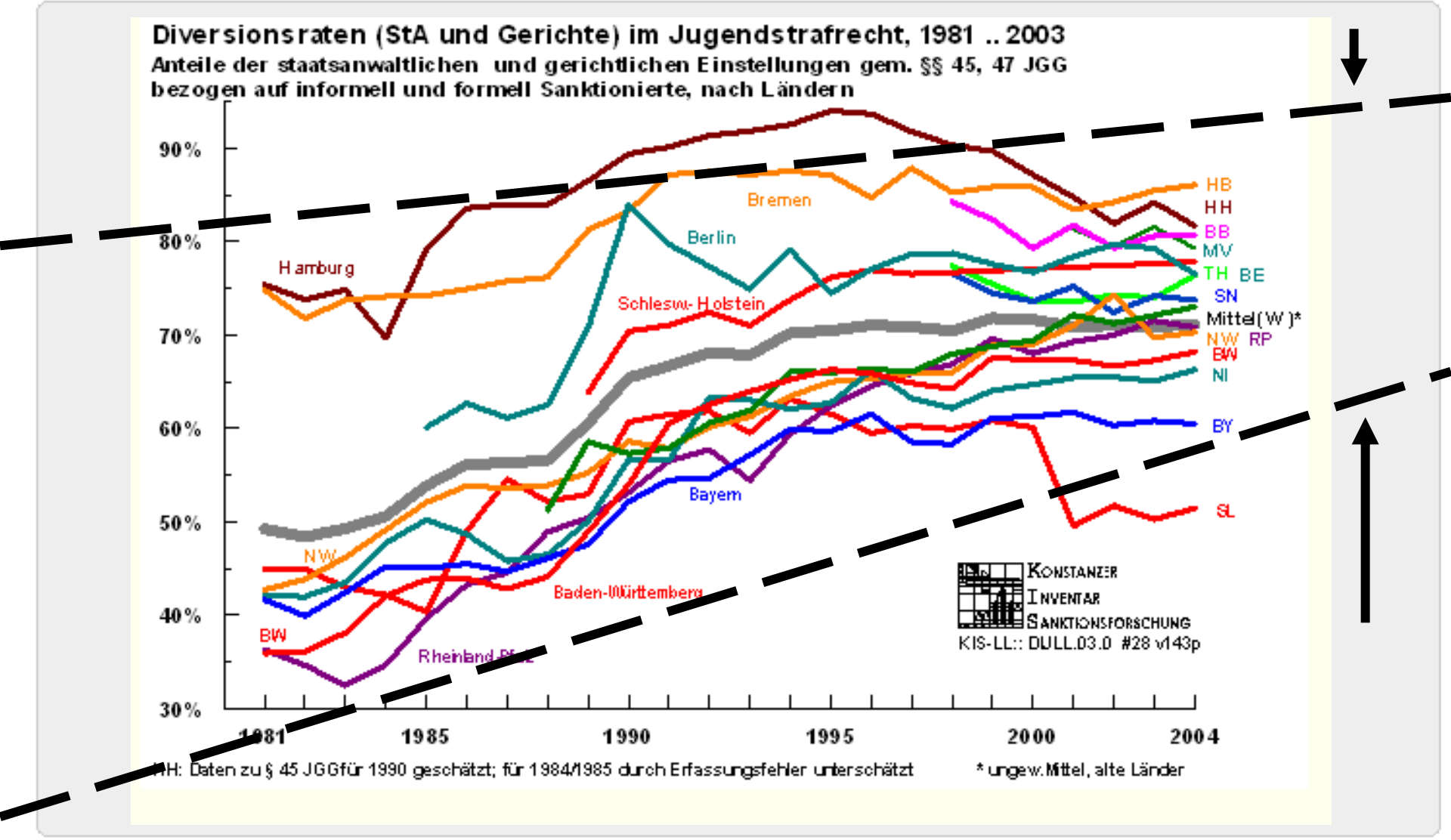
Problem: (Un-) Gleichbehandlung



Problem: (Un-) Gleichbehandlung



Problem: (Un-) Gleichbehandlung



Strafbefehl (§ 407 StPO)

(1) Im Verfahren vor dem Strafrichter und im Verfahren, das zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört, können bei Vergehen auf schriftlichen Antrag der Staatsanwaltschaft die Rechtsfolgen der Tat durch schriftlichen Strafbefehl ohne Hauptverhandlung festgesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft stellt diesen Antrag, wenn sie nach dem Ergebnis der Ermittlungen eine Hauptverhandlung nicht für erforderlich erachtet. Der Antrag ist auf bestimmte Rechtsfolgen zu richten. Durch ihn wird die öffentliche Klage erhoben.

Strafbefehl (§ 407 StPO)

(2) Durch Strafbefehl dürfen nur die folgenden Rechtsfolgen der Tat, allein oder nebeneinander, festgesetzt werden:

1. Geldstrafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt, Fahrverbot, Verfall, Einziehung, Vernichtung, Unbrauchbarmachung, Bekanntgabe der Verurteilung und Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung,

2. Entziehung der Fahrerlaubnis, bei der die Sperre nicht mehr als zwei Jahre beträgt, sowie

3. Absehen von Strafe.

Hat der Angeschuldigte einen Verteidiger, so kann auch Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr festgesetzt werden, wenn deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wird.

Strafbefehl (§ 407 StPO)

(3) Der vorherigen Anhörung des Angeschuldigten durch das Gericht bedarf es nicht.

Beglaubigte Abschrift

Amtsgericht
Abteilung 8 - Allgemeine Strafsachen
München

Telefon-Nr.: 089/5597-06
Telefax-Nr.: 089/5597-4428

Amtsgericht München,
Nymphenburger Straße 16, 80097 München

Rechtskräftig seit

München,

Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Strafbefehl

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

Sie sind Staatsangehöriger. Sie leben seit mindestens 2004 in der Bundesrepublik Deutschland und sind im Besitz einer Duldung. Am wurde bei einer polizeilichen Kontrolle in München festgestellt, dass Sie sich keinen gültigen Pass oder Ausweisersatz beschafft hatten, obwohl Ihnen dies zumutbar gewesen wäre.

Sie werden daher beschuldigt,

sich im Bundesgebiet entgegen § 4 Abs. 1 i.V.m. § 39 Abs. 1 AuslG ohne erforderlichen Pass und ohne Ausweisersatz aufgehalten zu haben,

strafbar als

unerlaubter Aufenthalt ohne Pass

gemäß §§ 92 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1, 39 Abs. 1 AuslG.

Beweismittel:

Zeugen:

Urkunden:

Auskunft aus dem BZR

Gegen Sie wird eine Geldstrafe in Höhe von 30 Tagessätzen verhängt. Der Tagessatz wird auf 10,-- EUR festgesetzt. Die Geldstrafe beträgt somit insgesamt 300,-- EUR.

An die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe tritt Freiheitsstrafe.
Einem Tagessatz entspricht ein Tag Freiheitsstrafe.
Sie haben die Kosten des Verfahrens und Ihre notwendigen Auslagen zu tragen.

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, soweit Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung bei dem vorstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erheben.

Die schriftliche Erklärung muß in deutscher Sprache erfolgen.

Datum

Beglaubigt:

Richter(in) am Amtsgericht

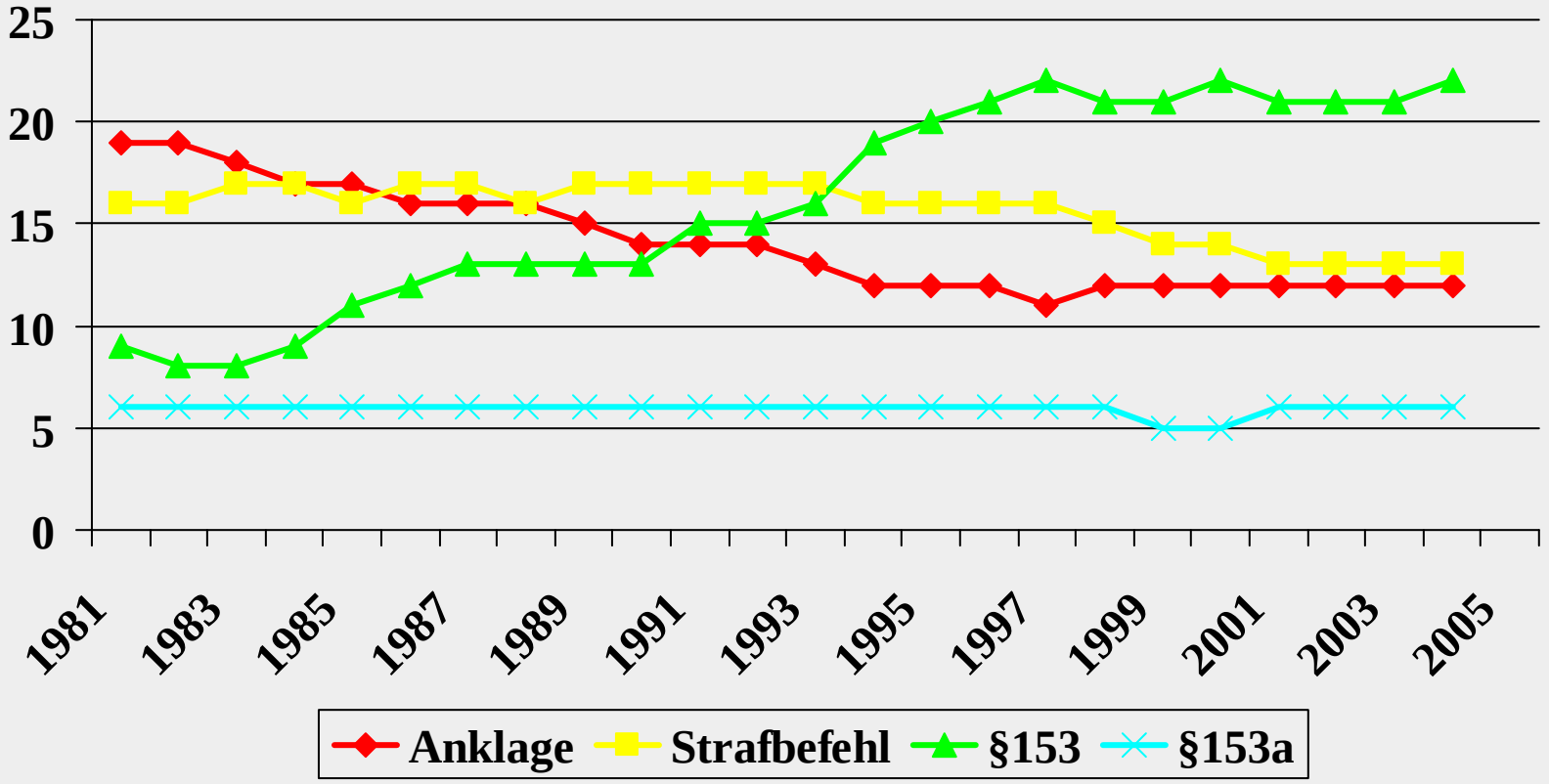
BAYERN AMTSGERICHT

Urkundsbeamter der Geschäftstelle

Strafbefehl (§ 407 StPO)

- **Einige statistische Kennzahlen (2002):**
  - Zahl der Anträge: 586.000
    - *davon mit Freiheitsstrafe a.B.* *4.151 (0,7 %)*
  - Einsprüche: 161.700 (27,6 %)
  - Zurücknahme am Ende der Hauptverhandlung: 43.000

Trends in Verfahrensarten (%)



Träger der Sanktionierungskompetenz

Richter
→ ***formelle Sanktion***

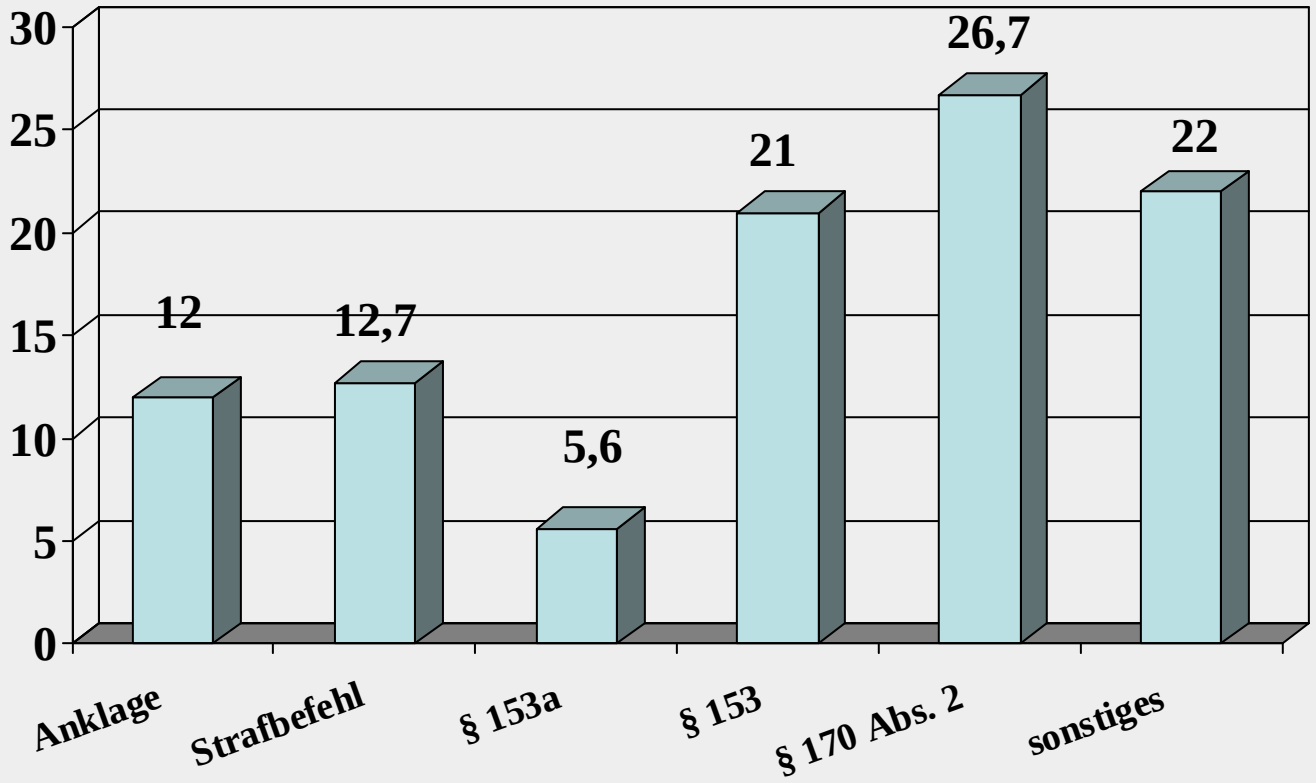
(Staatsanwalt und) Richter
→ ***formelle Sanktion (Strafbefehl)***

Staatsanwalt und Richter
→ ***informelle Sanktion (Diversion)***

Staatsanwalt
→ ***informelle Sanktion (Diversion)***

Marginalisierung des Gerichts

Struktur staatsanwaltlicher Erledigungen (2003)



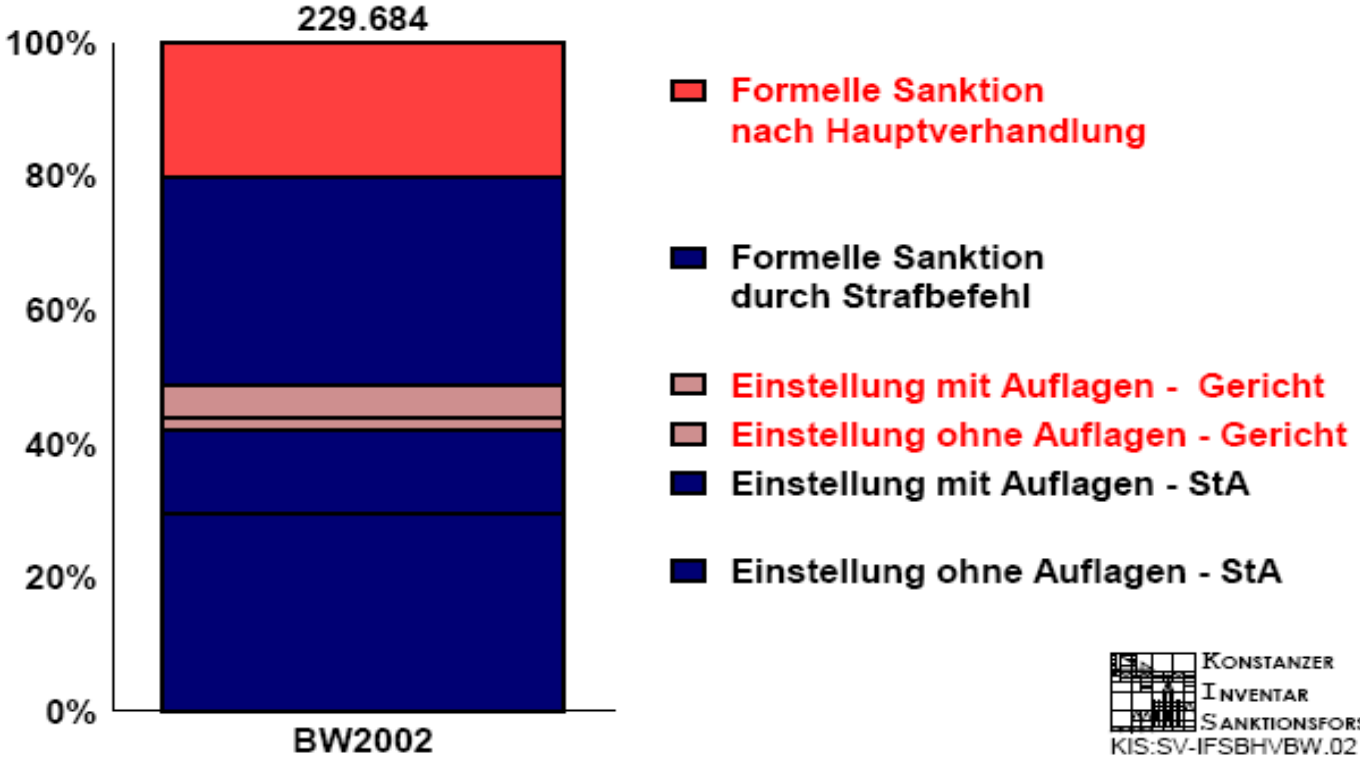
Marginalisierung des Gerichts

Tabelle 2: Erledigungsstrukturen staatsanwaltschaftlicher Abschlussentscheidungen Bundesrepublik Deutschland 2002

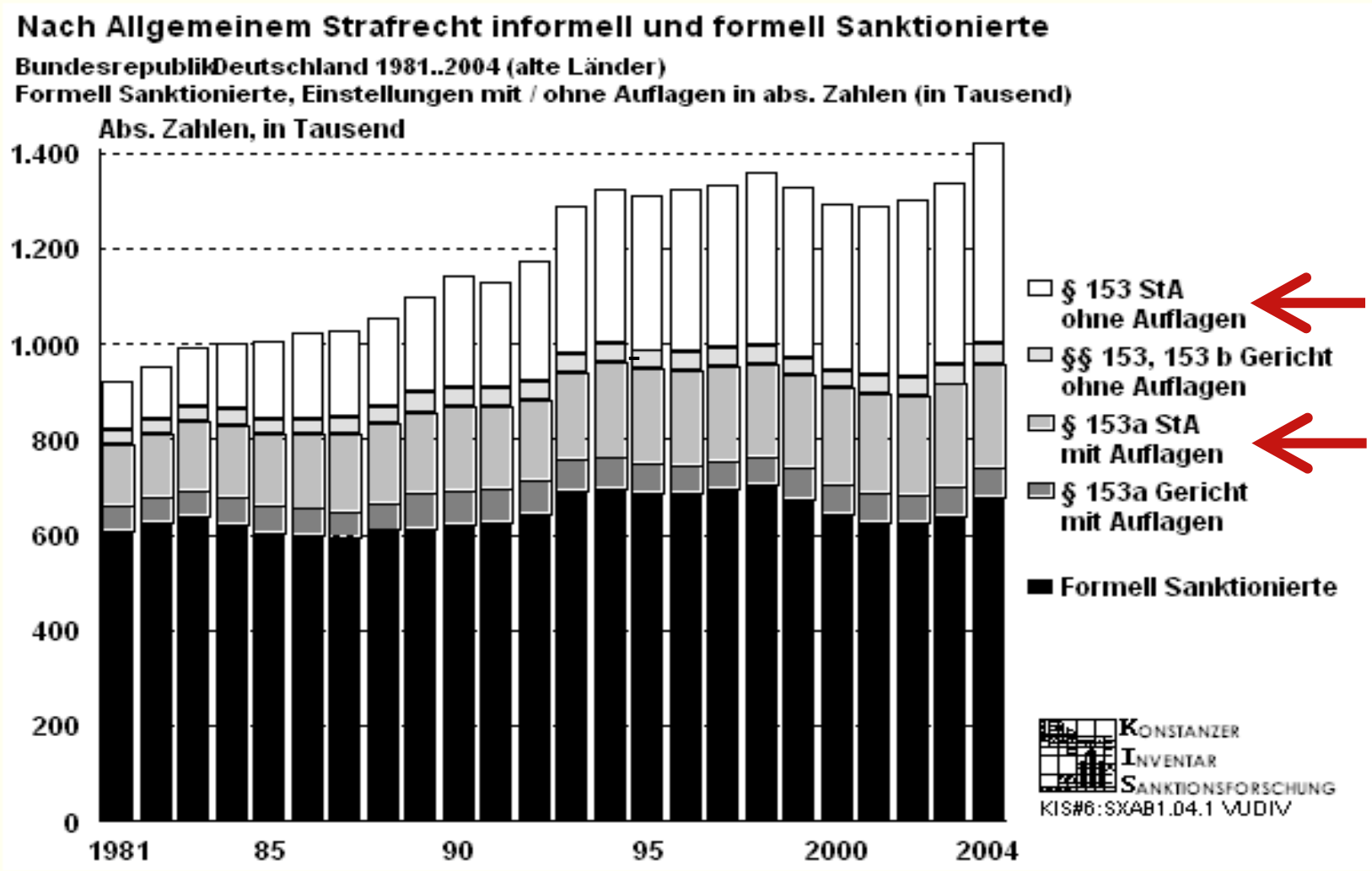
		Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5
1	**Erledigte Ermittlungsverfahren gegen bekannte und unbekannte Tatverdächtige insgesamt**[1)]	**8.100.051**	**100**			
2	**Erledigte Ermittlungsverfahren gegen bekannte Tatverdächtige**	**4.598.290**	56,8	**100**		
3	Abgaben[2)]	760.186	9,4	16,5		
4	Verweisung auf den Weg der Privatklage	155.508	1,9	3,4		
5	**Bereinigte Verfahren** (Zeile 2, abzgl. Werte aus Z. 3, 4)	**3.682.596**	45,5	80,1	**100**	
6	Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts[3)]	1.250.445	15,4	27,2	34,0	
7	"sonstige" Einst. ohne Auflagen[4)]	305.247	3,8	6,6	8,3	
8	**Anklagefähige Ermittlungsverfahren i.e.S.**[5)]	2.126.904	26,3	46,3	57,8	**100**
9	Einstellungen unter Auflagen/ohne Auflagen i.e.S.[6)]	918.535	11,3	20,0	24,9	43,2
	davon:		0,0	0,0	0,0	0,0
10	unter Auflagen	257.168	3,2	5,6	7,0	12,1
11	ohne Auflagen i.e.S	661.367	8,2	14,4	18,0	31,1
12	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	586.228	7,2	12,7	15,9	27,6
13	Anklagen i.w.S. [7)]	622.141	7,7	13,5	16,9	29,3

Marginalisierung des Gerichts

Schaubild 5: Informelle Sanktionierung durch Staatsanwaltschaft und Gericht; formelle Sanktionierung durch Strafbefehl oder nach Hauptverhandlung (in % der formell oder informell nach allgemeinem und nach Jugendstrafrecht Sanktionierten insgesamt) Baden-Württemberg 2002



Marginalisierung des Gerichts



Literatur

Konstanzer Inventar Sanktionsforschung: www.uni-konstanz.de/rtf/kis

Bundsministerium der Justiz (Hg.): Strafrechtspflege in Deutschland – Fakten und Zahlen, von Jörg-Martin Jehle, 4. Aufl. 2005: www.bmj.de/media/archive/945.pdf

Beulke, W.: Kommentierung zu §§ 153, 153, in: Löwe/Rosenberg, StPO, Band 3, 25. Aufl. 2004

Rieß, P.: Entwicklung und Bedeutung der Einstellungen nach § 153a StPO, ZRP 1983, S. 93 ff.; Zur weiteren Entwicklung der Einstellungen nach § 153a StPO, ZRP 1985, S. 212 ff.

Dahs, H.: § 153a StPO – ein Allheilmittel der Strafrechtspflege? NJW 1996, S. 1192 ff.

Kriminalpolitische Trends und Sanktionen

Behandlung und Sanktionen

- Verschiebung auf Maßregeln (grundsätzliche Anrechnung der bessernden Maßnahme, § 67 Abs. 4 S. 1 StGB: bis zwei Drittel der Strafe)
- Sozialtherapeutische Anstalt *(§ 65 a.F.*, § 9 StVollzG)
- §§ 35, 37 BtMG: Verzicht auf Verfahren bzw. Vollstreckung bei Aufnahme einer Drogenabhängigkeitsbehandlung und Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahre
- Reduzierung der Fahrerlaubnissperre bei erfolgreicher Nachschulung

Opfer und Sanktionen

- Wiedergutmachung (§§ 46a Nr. 2, 46 Abs. 2 StGB)
- Täter-Opfer-Ausgleich (§§ 46a Nr. 1, 46 Abs. 2 StGB)

Gewinnabschöpfung und Sanktionen

- *Vermögensstrafe (verfassungswidriger § 43a StGB)*
- Verfall und erweiterter Verfall, Einziehung (§§ 73 ff. StGB)

Juristische Personen und Sanktionen

- Derzeit nur bei Ordnungswidrigkeiten (§§ 29a, 30 OWiG)
- Potenzial für neue spezifische Sanktionsarten (vgl. z.B. EU-Rahmenbeschluss 2003/568/JI vom 22.7.2003 zur Bestechung im privaten Sektor, Artikel 6)

Ökonomie der Hauptverhandlung

- Absprachen (plea/sentence bargaining)

Kriminalpolitische Trends und Sanktionen

Artikel 6

Sanktionen für juristische Personen

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass gegen eine im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 verantwortliche juristische Person wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen einschließlich Geldstrafen oder Geldbußen verhängt werden können; dazu können auch andere Sanktionen gehören, wie zum Beispiel:

a) der Ausschluss von öffentlichen Zuwendungen oder von Hilfe,

b) das vorübergehende oder ständige Verbot der Ausübung einer Handelstätigkeit,

c) richterliche Aufsicht oder

d) richterlich angeordnete Auflösung.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass gegen eine im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 verantwortliche juristische Person wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen oder Maßnahmen verhängt werden können.

Die Geldstrafe

- **Prinzip**
  - Entzug von Geldmitteln und dadurch bedingter Zwang zum zeitweisen Verzicht auf Konsum- und Bedürfnisbefriedigung
  - Beschränkung der finanziellen anstelle der persönlichen (physischen) Bewegungsfreiheit
  - Geld als "geronnene Freiheit" (H.-H. Jescheck)

- **Probleme**
  - Höchstpersönlicher Charakter nicht kontrollierbar
  - Strafübel ungeachtet des Tagessatzsystems zumindest für oberste Einkommensschichten potenziell geringer
  - Im unteren Einkommensbereich Gefahr der Drittwirkung auf Angehörige
  - Nur unbedingte Verhängung möglich

Der historische 'Siegeszug' der Geldstrafe

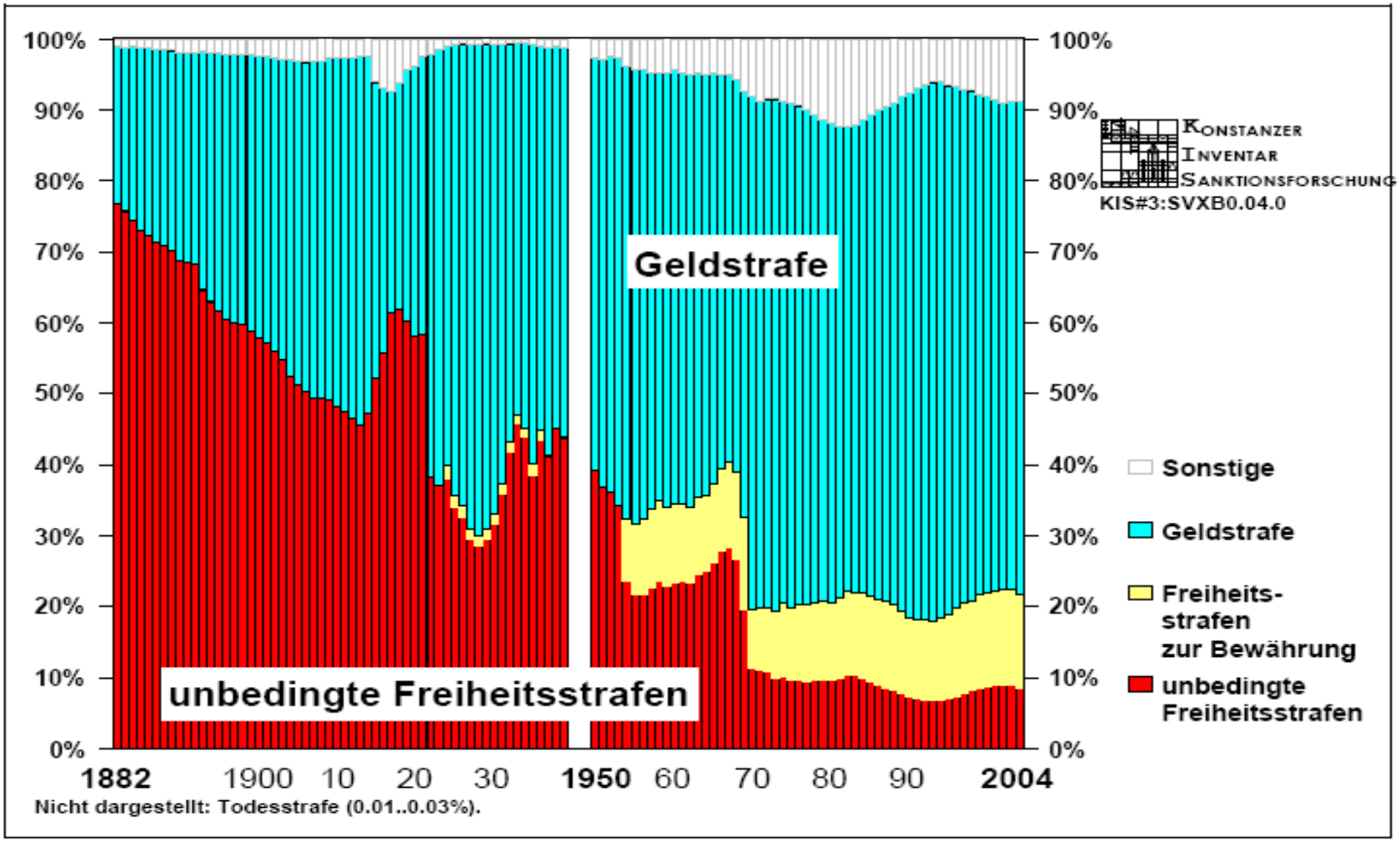


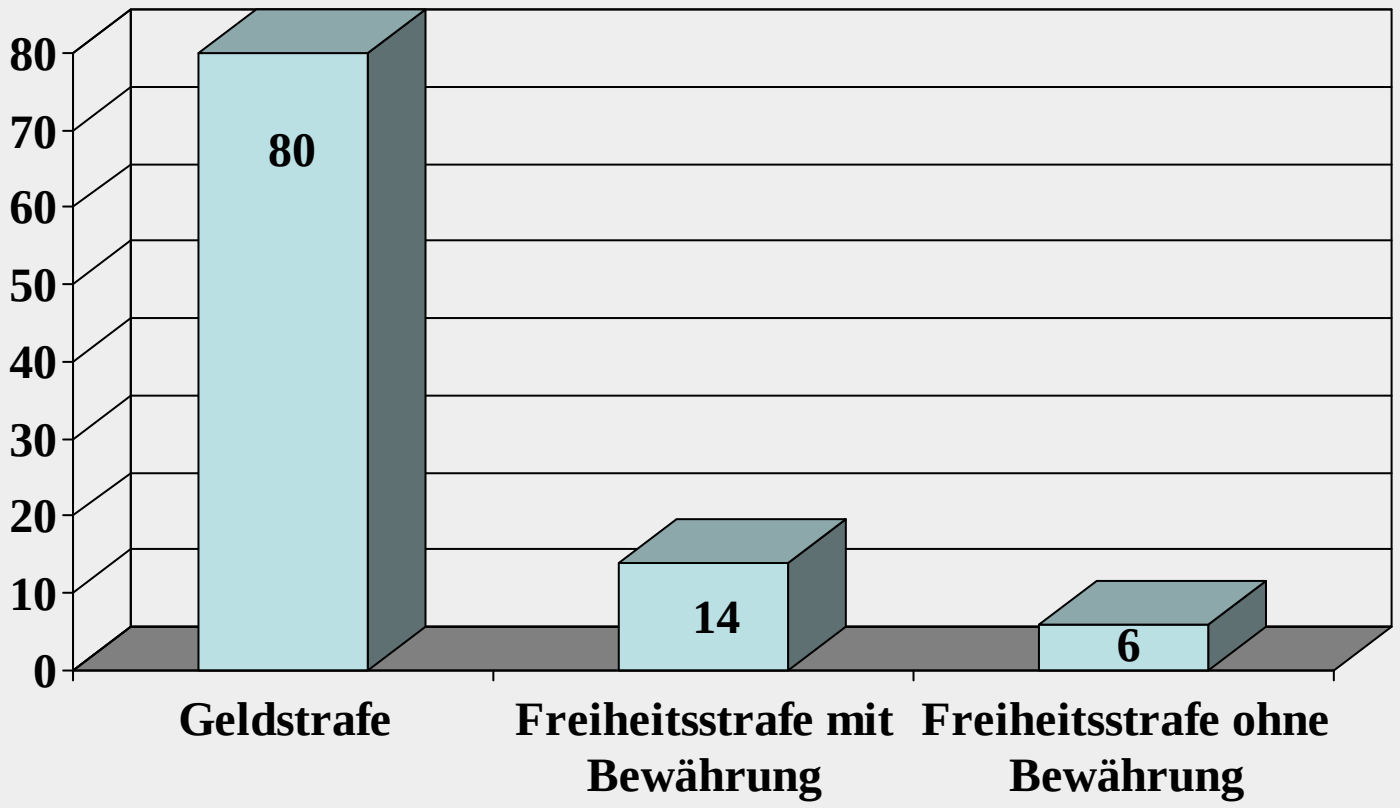
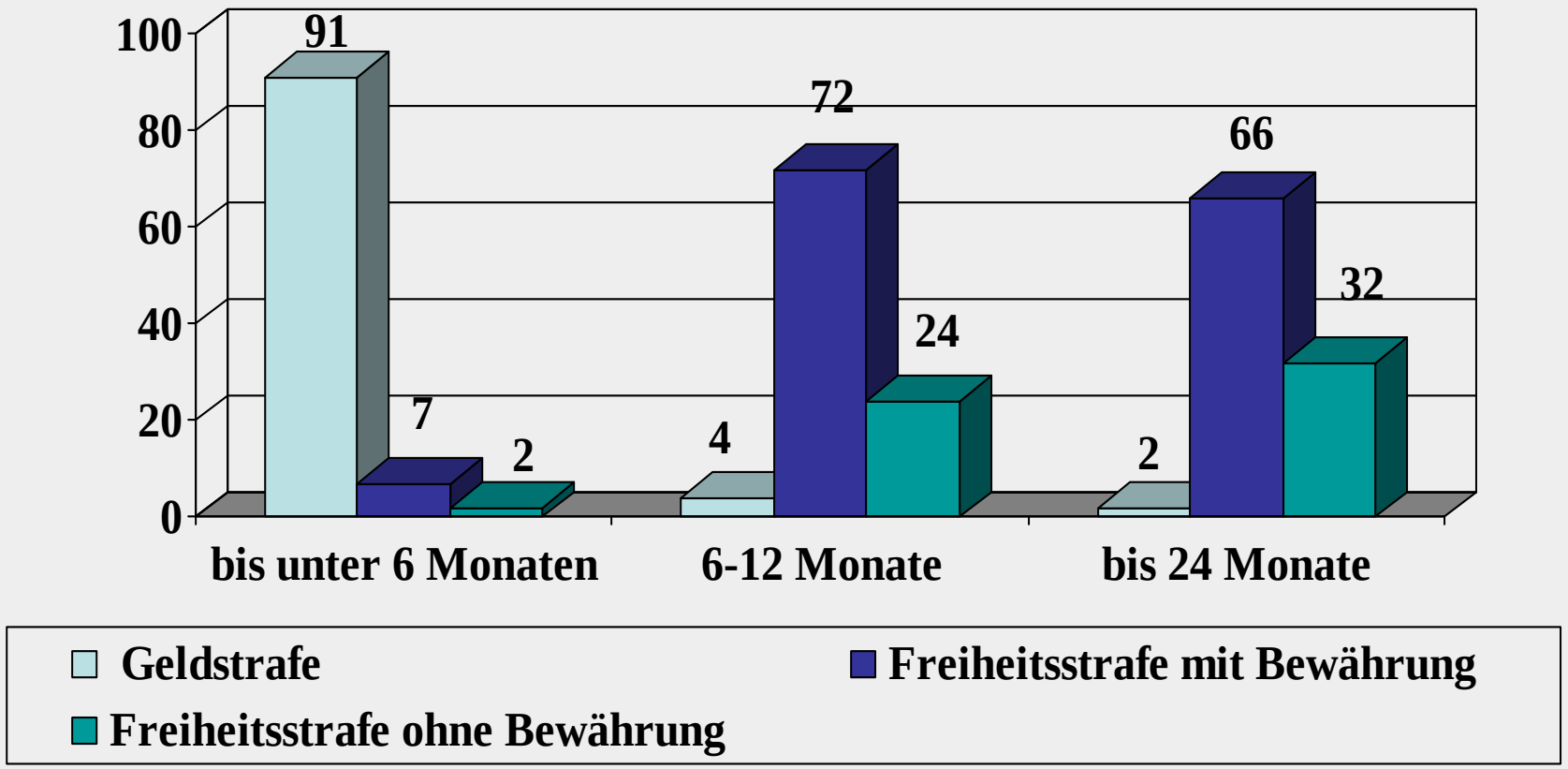
Schaubild 3: Entwicklung der Sanktionierungspraxis insgesamt (Zeitreihe)

Die Geldstrafe

- **1. Strafrechtsreformgesetz 1969**
  - § 47 StGB
    - Priorität der Geldstrafe
    - Freiheitsstrafen unter 6 Monaten dürfen nur dann verhängt werden, wenn besondere Umstände in Tat oder Täter Freiheitsstrafe
      - » zur Einwirkung auf den Täter oder
      - » zur Verteidigung der Rechtsordnung
      - » unerlässlich machen

- **Grundgedanken des Marburger Programms (F. v. Liszt)**
    - Kurze Freiheitsstrafe entsozialisiert
    - Gelegenheits- oder Ersttäter sollten deshalb mit nicht freiheitsentziehenden Sanktionen bestraft werden

Sanktionsstruktur 2003 (%)



Straflänge und Strafstruktur (%)